

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksachen 10/2957, 10/4108 — Altenhilfepolitik in der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN wird den tatsächlich bestehenden drängenden Problemen älterer Menschen in unserer Gesellschaft ebensowenig gerecht wie ihre Antwort vom 23. Januar 1985 – Drucksache 10/2784 – auf die vergleichbare Große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und FDP – Drucksache 10/1660. Weder zur Lösung der finanziellen Probleme der Rentenversicherung noch zur Bewältigung zunehmender Belastungen durch Pflegebedürftigkeit sind befriedigende Vorschläge gemacht worden. Die Auffassung der Bundesregierung, die materielle Situation älterer Menschen sei insgesamt zufriedenstellend, ist nicht zutreffend.

Anerkennende Worte für die ältere Generation, unverbindliche Ankündigungen und Lösungsversprechungen allein sind nicht geeignet, der heute weit um sich greifenden Verarmung älterer Menschen zu begegnen. Der Deutsche Bundestag greift deshalb die Forderungen des Entschließungsantrages der SPD-Fraktion vom 18. Oktober 1985 – Drucksache 10/4034 – erneut auf.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit dem Ziel einer grundlegenden Verbesserung der Situation älterer Menschen und der Hilfe zur Integration älterer Menschen in die Gesellschaft folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- 1. Dem Deutschen Bundestag unverzüglich ein Konzept zur Bewältigung der spätestens ab 1990 aufgrund demographischer Entwicklungen zu erwartenden Finanzierungsprobleme in der gesetzlichen Rentenversicherung vorzulegen, mit dem die Lasten sozialausgewogen auf Beitragszahler, Leistungsempfänger und Staat verteilt werden;**

2. zur Erhaltung der Generationensolidarität unverzüglich Schritte zur Harmonisierung der Alterssicherungssysteme mit dem Ziel einzuleiten, daß vergleichbare soziale Tatbestände zu gleichwertigen sozialen Leistungen führen;
 3. in der gesetzlichen Rentenversicherung ein Kindererziehungsjahr für alle Frauengenerationen anzurechnen;
 4. innerhalb des Systems der beitragsbezogenen Rente gezielt die Renten für Rentner mit geringem Einkommen mit dem Ziel zu verbessern, den Bezug ergänzender Sozialhilfeleistungen überflüssig zu machen.
- III. Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Ländern
1. zur wirksamen Bekämpfung von Armut im Alter und zur Wiederherstellung und Erhaltung der Selbsthilfefähigkeit älterer Menschen strukturelle Sozialhilfereformen einzuleiten. Die vom Fachausschuß des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge erarbeiteten Materialien zur Aktualisierung des Sozialhilfewarenkorbes sind darin einzubeziehen. Dazu ist die Verbesserung der finanziellen Situation von Ländern und Gemeinden unerläßliche Voraussetzung für eine wirksame Verbesserung sozialhilferechtlicher Maßnahmen;
 2. die wiederholt angekündigten, wenn auch unzureichenden gesetzgeberischen Maßnahmen zu einer Verbesserung der Situation pflegebedürftiger Mitbürger unverzüglich einzuleiten und einen Gesetzentwurf zur besseren sozialen Absicherung Pflegebedürftiger und ihrer Familien unter Berücksichtigung der bereits in einigen Ländern erarbeiteten Gesetzesvorschläge vorzulegen.

Bonn, den 23. April 1986

Dr. Vogel und Fraktion